

## **Landespressekonferenz**

### **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW) am 11. November 2019 in Stuttgart**

## **Grundschulen – weg vom Abstellgleis!**

### **Initiative der GEW mit Schulleiter/innen von Grundschulen**

## **Statement der GEW-Landesvorsitzenden Doro Moritz**

### **Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Grundschulen weg vom Abstellgleis!

Das ist das Thema der Initiative, die Schulleiterinnen und Schulleiter in der GEW angestoßen haben. Mit der heutigen Landespressekonferenz gemeinsam mit diesen Schulleitungen starten wir die Kampagne, mit der wir die Bedeutung der Grundschule in den Mittelpunkt rücken und die große Diskrepanz in der Ausstattung und Unterstützung durch Kultusministerin und Landesregierung deutlich machen wollen.

Was in der Grundschule versäumt wird, hat nicht nur massive Auswirkungen auf die Bildungsbiografie der Kinder. So wird die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft zementiert und sogar verstärkt. Versäumnisse in der Grundschule haben negative gesellschaftspolitische Konsequenzen. Teilhabe an unserer demokratischen Gesellschaft oder das Gefühl abgehängt zu sein, beruflicher Erfolg oder prekäre Beschäftigung, Beitrag zum Steueraufkommen statt Anspruch auf Unterstützung – diese Weichenstellung kann in der Grundschule stark beeinflusst werden.

Heute starten die bundesweiten Aktionswochen der GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“ Ziel ist es, für deutlich höhere Investitionen in der Bildung zu werben. Geld ist genug da in unserem Land. Die Aktionswochen stehen wie immer im Herbst unter der Überschrift „JA 13“. Fünf Bundesländer haben A 13 bereits umgesetzt, in drei weiteren werden Gespräche geführt.

Gute Bildung rechnet sich. Sparen in der Bildung ist teuer. In Studien sind die Folgekosten unzureichender Bildung für die öffentlichen Haushalte, die Folgekosten durch Kriminalität, die Folgekosten im Bereich Gesundheit und von entgangenem Wirtschaftswachstum belegt. Nicht zu unterschätzen ist die steigende Anfälligkeit für Rechtspopulismus und Extremismus bei denen, die sich als Verlierer unserer Gesellschaft sehen.

Deshalb ist die Schuldenbremse mit der Konsequenz fehlender Investitionen in der Bildung das völlig falsche Signal. In Deutschland sind die Ausgaben pro Schüler/in im Primarbereich wesentlich niedriger als im OECD-Durchschnitt (bezogen auf BIP-Anteil 2016: Deutschland 0,6 %; OECD 1,5 %; EU 1,3 %). Die Ausgaben in Deutschland für die Sekundarstufe 1 sind dagegen höher als im OECD-Durchschnitt und der EU.

Mit den vier Schulleitungen, Dorothea Vollmer (Hermann-Auer-Grundschule Salem-Neufrach) Dr. Gabriele Heidenreich (Grundschule Heiligenberg), Sonja Fahlenbock (Grundschule Salem-Beuren) und Stefan Neher, (Fritz-Baur-Grundschule Salem-Mimmenhausen), die der Fachgruppe Schulleitungen in der GEW angehören, starten wir eine Unterschriftensammlung bei Schulleiterinnen und Schulleitern der Grundschulen für einen Brief an Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann. Wir wollen den

Brief im Februar überreichen. Die Vier hatten im Nachgang zu einer Grundschultagung der GEW in Oberschwaben die Initiative ergriffen und sind auf Ricarda Kaiser aus Mannheim, in der GEW Baden-Württemberg zuständig für die Grundschulen, zugekommen. Ricarda Kaiser und ich werden die Unterschriftensammlung mit regionalen Veranstaltungen flankieren.

Bei einer landesweiten Tagung mit Schulleitungen der Grundschulen im Februar werden wir mit den bildungspolitischen Sprecher/innen von Grünen, CDU, SPD und FDP die Forderungen diskutieren. Das Hauptreferat hält Prof. Dr. Diemut Kucharz, Goethe-Universität Frankfurt, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Pädagogik der Elementar- und Primarstufe.

Ich übergebe jetzt an Dorothea Vollmer. Sie beschreibt die Alltagssituation und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder und die Arbeitsbedingungen von Schulleitungen und Lehrkräften an Grundschulen.

Anschließend stellt Stefan Neher den offenen Brief vor.

Ich werde dann mit grundsätzlichen Ausführungen zu Maßnahmen und Forderungen abschließen.

### **Beitrag Alltagssituation, Dorothea Vollmer**

### **Vorstellen des offenen Briefes, Stefan Neher**

### **Statement Doro Moritz, GEW-Vorsitzende**

Nicht Sonntagsreden, sondern wirksame Unterstützung bringt die Kinder, die Qualität der Schulen, unser Land und unsere Gesellschaft vorwärts.

Wertschätzung muss sich auch in deutlich verbesserten Arbeitsbedingungen und einer mit den weiterführenden Schulen gleichwertigen Besoldung ausdrücken.

Die Grundschule

- ist die Schule mit der größten Heterogenität unter allen Schularten,
- ist die Schule, in der ganz überwiegend Lehrerinnen unterrichten,
- ist für die Weichenstellung der Bildungswege unserer Kinder von größter Bedeutung,
- muss wie keine andere Schulart aufgrund des Klassenlehrerprinzips von Lehrkräften geprägt sein, die über eine sehr breite fachliche und methodisch/ didaktische Kompetenz verfügen.

Die Grundschule muss den Erziehungs- und Bildungsauftrag, wie er in § 1 des Schulgesetzes festgeschrieben ist, uneingeschränkt erfüllen können. Dort heißt es, „dass jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Bildung hat“. Diesen Auftrag erfüllt sie derzeit nicht.

Die Grundlagen für die Beherrschung der Kulturtechniken, für Lernfreude, Lerntechniken und Motivation müssen in der Grundschule geschaffen werden.

Leider wird die Grundschule sehr stark und verkürzt unter dem Aspekt Lesen und Rechtschreibung bewertet.

Nur wenn bestqualifizierte Lehrerinnen und Lehrer in der Grundschule die Basis für das lebenslange Lernen legen und allen Kindern gleiche Bildungschancen geben, kann die Qualität der Schule in der

Sekundarstufe das optimale Niveau erreichen. Dies sichert im Übrigen auch einen wirksamen Ressourceneinsatz in den weiterführenden und beruflichen Schulen.

Die Grundschulen haben es satt, regelmäßig mit angeblichen Versäumnissen konfrontiert zu werden. Die Benachteiligung ist signifikant und wird sich mit dem aktuellen Investitionsniveau nicht verbessern.

Kontinuierlich erhalten die Grundschulen zusätzliche Aufgaben. Genauso regelmäßig wird mit Handreichungen, Vorschriften und Leitfäden der Eindruck erweckt, das Kultusministerium habe seine Hausaufgaben gemacht. Was nützen der Rechtschreibrahmen, die Handreichungen zu Klassenführung und die Broschüre „Schulen brauchen Bewegung“, der Qualitätsrahmen Ganztagschule und die Verwaltungsvorschrift „Kooperation Grundschule/Kita“, wenn keinerlei zusätzliche Zeit zur Verfügung gestellt wird?

Die Grundschulen stehen mit dem Rücken zur Wand.

## 1. Lehrkräftemangel an Grundschulen, Unterrichtsausfall

Zu Beginn dieses Schuljahres waren knapp 400 Stellen an Grundschulen nicht besetzt. Gleichzeitig arbeiten an Grundschulen mehrere hundert Personen ohne Lehrerausbildung.

Kultusministerin Eisenmann will den Unterrichtsausfall senken. Sie fordert deshalb die Schulen auf, dem Pflichtunterricht Vorrang einzuräumen. Das hat zur Konsequenz, dass Sprachfördermaßnahmen und andere wichtige Unterstützungsangebote regelmäßig entfallen. Auch der Zugang zu Kultur über Arbeitsgemeinschaften (Musik, Theater, Kunst) wird dadurch gestrichen, was insbesondere benachteiligte Kinder trifft.

Der Lehrermangel führt dazu, dass Sprachförderunterricht in der Regel von nicht ausgebildeten Personen erteilt wird. Chancen der Integration werden versäumt.

Statistisch haben die Grundschulen regelmäßig den geringsten Unterrichtsausfall, weil die Zusammenlegung von Klassen nicht als Ausfall zählt.

## 2. Lehrkräftebedarf 2015/16 bis 2030 (Studie Prof. Dr. Klaus Klemm im Auftrag der GEW)

### Demografisch bedingter Bedarf bis 2030/31

Ich habe keinerlei Verständnis dafür, dass die Forderung der GEW nach Ausweitung der Studienplätze damit abgetan wird, dass die Lehramtsstudierenden den Schulen erst in fünf Jahren zur Verfügung stehen. Die folgenden Zahlen machen deutlich, dass wir die Lehrkräfte auch dann brauchen.

**Ich erwarte von Kultusministerin Eisenmann, dass sie den Bedarf und vor allem wie er gedeckt werden soll, transparent darstellt.**

Wenn die Schüler/in je Stelle-Relation von 17,2 aus dem Schuljahr 2015/16 (letzter Platz bundesweit) in den Jahren bis 2030/31 konstant bleiben soll, wenn sich also an der Ausstattung der Grundschulen mit Lehrkräften nichts ändert, ergibt sich eine Stellenbedarfssteigerung von 22.091 Stellen (Ist-Wert) im Schuljahr 2015/16 auf 24.650 Stellen im Schuljahr 2030/31 – in Zwischenschritten auf 22.451 (2020/21), auf 24.403 (2025/26) und schließlich auf die genannten 24.650 Stellen 2030/31.

Allein demographisch bedingt benötigt Baden-Württemberg für seine öffentlichen und privaten Grundschulen in diesem Zeitraum zusätzlich 2.559 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer der öffentlichen und privaten Grundschulen. In den Jahren bis 2020/21 sind dies 360 Stellen, in der Periode bis 2025/26 weitere 1.952 Stellen und dann bis 2030/31 noch einmal zusätzlich 247 Stellen – und

dies alles ohne irgendeine Verbesserung der Ausstattung der Grundschulen mit Lehrkräften.

### **Ersatzbedarf durch altersbedingtes Ausscheiden bis 2030/2031**

Die Zahl der besetzten vollen Stellen verringert sich in den Jahren von 2015/16 bis 2030/31 von 20.103 auf nur noch 10.506 Stellen, also in fünfzehn Jahren auf nahezu die Hälfte (52,1 Prozent). Wenn die Einstellung wie in der Vergangenheit weiterhin mit Teil- und Vollzeitbeschäftigten geschieht und wenn die Mischung von Teil- und Vollzeit konstant bleibt, so müssen

- bis 2020/21 im Durchschnitt jährlich 1.065,
- von 2021/22 bis 2025/26 jährlich 985 und dann
- bis 2030/31 jährlich 605 Personen (nicht Stellen)

für den Schuldienst in den öffentlichen und privaten Grundschulen als Ersatz eingestellt werden.

### **Rechnerischer Bedarf an Studienanfänger/innen (Abschlussquote 70 Prozent)**

Bis 2030/31 besteht nach diesen Berechnungen ein Einstellungsbedarf von 19.275 Lehrkräften. Tatsächlich werden unter Zugrundelegung der damaligen Studienplatzkapazitäten nur 10.500 an den Schulen ankommen. Die Differenz beträgt also rund 9.000 Lehrkräfte.

Das Land hat inzwischen 600 zusätzliche Studienplätze pro Studienjahr (2017/18 bis 2019/20 jeweils 200) geschaffen. Das bedeutet etwa 5.000 zusätzliche Lehrkräfte, 4.000 fehlen weiterhin. Das entspricht einem Sofort-Bedarf von etwa 570 weiteren Studienplätzen für die nächsten zehn Jahre.

Der Bedarf ist inzwischen höher, da die Berechnung der Schülerzahlen aktualisiert wurde.

**Fazit: Nicht einmal der Bedarf durch die steigenden Schülerzahlen und der Ersatzbedarf durch ausscheidende Lehrkräfte kann mit den vorhandenen Studienplätzen gedeckt werden. Die GEW fordert das Wissenschafts- und das Kultusministerium auf, ihre Fehlplanungen so schnell wie möglich zu korrigieren und zusätzliche Studienplätze für das Grundschullehramt zu schaffen und zu finanzieren.**

### **Ressourcen für Vertretung und pädagogische Verbesserungen**

Damit die Grundschulen wegkommen vom Abstellgleis, darf der Status Quo nicht die Grundlage für Bedarfsberechnungen sein.

Die Erweiterung der Kontingenzstundentafel von 98 auf 102 Stunden in den Schuljahren 2017/18 bis 2018/19 löst bis zum Schuljahr 2020/21 einen Bedarf von 812 Stellen aus, der bis 2030/31 auf 891 Stellen ansteigt. 640 Stellen wurden zusätzlich geschaffen.

Die Grundschulen brauchen zusätzliche Ressourcen für:

- **Poolstunden in der Pflichtstundenzuweisung**  
Die Grundschule ist die einzige Schulart, die keine Poolstunden in der Pflichtstundenzuweisung hat.  
Wenn je Grundschulklasse eine Poolstunde für ergänzende Angebote (Förderung, Arbeitsgemeinschaften, LRS, Dyskalkulie) zur Verfügung stehen soll, führt dies zwischen 2020/21 und 2030/31 zu einem Stellenmehrbedarf in Höhe von 812 bis 891 Stellen.

- **Mehrbedarf für Vertretungen** (Krankheit, Mutterschutz/Elternzeit)  
Wenn ein Mehrbedarf von drei Prozent (derzeit knapp zwei Prozent) angesetzt wird, so entsteht bis 2020/21 ein Mehrbedarf von 674 Stellen, der bis 2030/31 auf 740 Stellen steigt.
- **Mehrbedarf für den Unterricht von Zugewanderten und Geflüchteten**  
Wenn man davon ausgeht, dass in den kommenden Jahren die Zahl der Grundschul Kinder in Vorbereitungsklassen wie 2015/16 bei etwa 14.000 und die der gebildeten Klassen bei 1.080 liegen wird und weiterhin davon, dass je Klasse eine halbe Stelle bereitstehen wird, so erfordert dies einen Zusatzbedarf von 700 Stellen.
- **Mehrbedarf für die Einführung von Ethik-Unterricht**  
Wenn in allen vier Jahrgängen Ethik-Unterricht eingeführt werden soll und pro Jahrgang und Schule eine Stunde erteilt wird, führt dies zwischen 2020/21 und 2030/31 zu einem Stellenmehrbedarf von mind. 100 Stellen. Im Schuljahr 2015/2016 nahmen 19,4 Prozent der damals rund 362.000 Grundschüler/innen (Drs. 16/2977, Anfrage SPD-Landtagsfraktion) an keinem Religionsunterricht teil. Der Anteil wächst offenbar relativ rasch, denn die Zunahme gegenüber dem Vorjahr 2014/2015 betrug rund 4.000 Schüler/innen bzw. rund ein Prozent der Gesamtschülerzahl.  
Wertebildender Unterricht fehlt in allen Jahrgängen der Grundschule. Den Grundschulen stehen für die Betreuung von Schüler/innen, die nicht den Religionsunterricht besuchen, keinerlei Ressourcen zur Verfügung. Sie müssen irgendwie mitbetreut und beaufsichtigt werden.
- **Mehrbedarf für den Ausbau von Ganztagsangeboten**  
Derzeit erhalten Grundschulen für den offenen Ganztag sechs Lehrerwochenstunden, für den gebundenen Ganztag 8 Stunden.
- Weitere Unterstützung ist notwendig:  
**Pädagogische, sozial- und sonderpädagogische Fachkräfte müssen Teil der Grundschule sein.** Inklusive Bildungsangebote werden zu rund 50 Prozent in der Grundschule umgesetzt. Lehrkräftemangel an Grundschulen und der Mangel an Sonderpädagog/innen führen zu inakzeptablen Situationen.  
**Inklusive Bildungsangebote brauchen das Zwei-Pädagogen-Prinzip.**
- Grundschulen mit einem hohen Anteil benachteiligter Schüler/innen können die Anforderungen des Bildungsplans kaum umsetzen. Diese Schulen sind für Lehrkräfte unattraktiv.  
**Grundschulen benötigen zusätzliche Unterstützung auf der Grundlage des Sozialindex.**
- **Der Klassenteiler (28) muss deutlich gesenkt werden.**
- Auch Grundschul Kinder haben Zugang zu kindeswohlgefährdenden digitalen Angeboten und werden vielfach Opfer von Diskriminierung und Gewalt im Netz. Die allgegenwärtige Medienpräsenz erfordert **Ressourcen für eine konsequente Medienbildung.**
- Schule als Lern- und Lebensraum braucht neue Raumkonzepte und weitere Unterstützung durch den Schulträger.

### 3. Mehrbedarf für bessere Arbeitsbedingungen

- **Kooperation zwischen den Grundschulen und den Kindertagesstätten**  
Wenn je Eingangsklasse eine Lehrerwochenstunde bereitgestellt wird, führt dies zwischen 2020/21 und 2030/31 zu einem Mehrbedarf zwischen 210 und 220 Stellen.
- **Mehrbedarf für die Organisation von Ganztagsangeboten**  
Derzeit erhalten Schulleitungen von Ganztagsschulen eine einzige Deputatsstunde. Das deckt den Organisationsaufwand in keiner Weise ab.  
Ganztageschule ist mehr als die Addition von Unterricht, Betreuung, Mittagessen, Kultur und Sport. Ganztagsschule braucht verbindliche Kooperation (Konzepte und Kooperationsverträge) mit der Jugendhilfe. Sie bedeutet einen großen Zeitaufwand.
- **Schulleitungen brauchen mehr Leitungszeit**  
Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass den Aufgaben der Schulleitungen weder durch eine angemessene Leitungszeit noch durch ausreichende Sekretariatsausstattung Rechnung getragen wird.
- **Die Deputate der Lehrkräfte sind zu hoch**  
Fachfremder Unterricht, hohe Unterrichtsverpflichtung, sehr große Heterogenität in den Klassen, keine Vertretungsreserve, hoher Anteil an Inklusionskindern ohne zusätzliche Ressourcen, keine Stunden für Schüler/innen, die nicht in den Religionsunterricht gehen, schlecht ausgestattete Schulleitungen. Das übt keinen Reiz auf junge Menschen bei der Wahl des Studiums aus.
- **In die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte muss investiert werden**  
In der Grundschule muss eine Lehrerin – anders als in den weiterführenden Schularten alle Fächer unterrichten, von der Fremdsprache über Sport und Musik bis hin zur Sprachförderung und muss über Diagnosekompetenzen verfügen.
- Grundschulen brauchen **Zeit für Kooperation** mit Eltern, Jugendhilfe und weiteren schulischen und außerschulischen Partnern.

Der Arbeitsplatz an der Grundschule muss durch bessere Arbeitsbedingungen für junge Menschen attraktiver werden.

### 4. Studienzeit auf 10 Semester ausbauen

Die GEW fordert die Angleichung der Studienzeit auf zehn Semester. Das ist aus fachlichen Gründen geboten, weil dies im Interesse der kleinen Fächer, auch der MINT-Fächer, eine fachliche Vertiefung in einem dritten Fach ermöglichen würde.

Die Angleichung auf zehn Semester trägt nicht kurzfristig zur Erhöhung der Zahl der Grundschullehrkräfte bei. Er macht aber das Primarstufenlehramt gleichwertig mit dem Sekundarstufenlehramt und bietet die Chance, die Zahl der Studierenden zu erhöhen und auch mehr Männer in den Studiengang zu bringen.

Die Experten-Kommission Lehrerbildung betonte 2012, dass es kein zwingendes inhaltliches Argument gibt, nach dem aus der Differenzierung von Ausbildungsgängen nach Lehrämtern eine unterschiedliche Studiendauer abzuleiten ist. Die spezifischen Tätigkeitsanforderungen der unterschiedlichen Lehrämter führen zu unterschiedlichen Kompetenzprofilen, die sich inhaltlich, aber nicht im Qualifikationsniveau oder der wissenschaftlichen Dignität unterscheiden: „Die Kommission teilt insbesondere nicht den folgenschweren Irrtum, dass bei der Unterrichtung jün-

gerer oder lernlangsamerer Schülerinnen und Schüler Abstriche an der fachlichen Qualifikation von Lehrkräften vorgenommen werden könnten.“

Hier sind wir mitten in der Qualitätsdiskussion unserer Schulen.

## **5. Besoldung für Schulleitungen und Lehrkräfte erhöhen**

Wenn sich Studierende bei der Immatrikulation für A 12 oder A 13 entscheiden müssen, fällt sehr wahrscheinlich die Wahl auf A 13. Die Forderung nach „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ muss im Schulbereich umgesetzt werden.

Deshalb fordert die GEW die Arbeit an Grundschulen nicht nur in Sonntagsreden als wichtig herauszustellen, sondern sie auch finanziell gleich zu stellen mit den weiterführenden Schulen.

Wenn das Konzept zur Stärkung der Schulleitungen im kommenden Doppelhaushalt umgesetzt wird, werden endlich die Schulleitungen der Grundschulen mit A 13 besoldet. Sie liegen damit immer noch unter der Eingangsbesoldung vieler Lehrkräfte.

Offensichtlich soll den Grundschulleitungen mit 40 und weniger Schüler/innen weiterhin A 13 verweigert werden. Was können sie denn dafür, dass ihre Schule so klein ist? Ihre Ausstattung mit Sekretariats- und Hausmeisterkapazitäten ist in der Regel noch knapper als an größeren Schulen. Die GEW kritisiert das nachdrücklich und kann nicht nachvollziehen, weshalb Kultusministerin Eisenmann und die Fraktion des Ministerpräsidenten diese 340.000 Euro verweigert haben.

## **6. Bildung nachhaltig gestalten**

Was in der Grundschule versäumt wird durch Sparen am Beginn der schulischen Bildungsbiografie, kann später auch durch doppelte Investitionen nicht ausgeglichen werden. Wenn wir verhindern wollen, dass Kinder zurückbleiben, dass Stärken nicht erkannt und gefördert werden, dass Kinder zu Lerninvaliden werden, dass Kinder aussortiert werden, dann muss die Grundschule nachhaltig gestärkt werden.

Es geht darum, Kindern Vertrauen in ihre Leistungsfähigkeit zu geben, sie an Herausforderungen wachsen zu lassen, das Potenzial, das in ihnen steckt aus ihnen herauszuholen, egal aus welchem Elternhaus sie kommen, ihnen die Zeit zu geben, die sie zum Lernen brauchen – auch um Rechtschreibung zu üben. Nur dann werden sie zu lebenslangem Lernen befähigt, sind erfolgreich beruflich tätig, zahlen Steuern anstatt auf Leistungen angewiesen zu sein und können unseren demokratischen Staat mitgestalten.

Grundschulrektorinnen und Grundschulrektoren haben ihre Erwartungen klar formuliert: Vertrauen statt Verbote, Unterstützung statt Kontrolle und Wertschätzung statt Vorwürfen. Handreichungen und Leitfäden sind nicht die Unterstützung, die die Grundschulen brauchen. Ständig neue Aufgaben, unzureichende Unterrichtsversorgung, schlechtere Bezahlung, zu hohe Deputate und kein Plan dafür, wie sich das verbessern kann – das haben die Grundschulen satt.

Ich appelliere an die Kultusministerin, an das Land und die Kommunen, sich endlich gute Bildung in der Grundschule zu leisten.